

Beirat zur Nachhaltigen Entwicklung  
Thüringen  
Geschäftsstelle im Thüringer Ministerium für  
Umwelt, Energie und Naturschutz  
Referat 41 – Umweltpolitik,  
Fachministerkonferenzen  
Beethovenstraße 3  
99096 Erfurt

Ihr Ansprechpartner: Ron Hoffmann  
Sprecher des Beirates zur  
Nachhaltigen Entwicklung  
Thüringen

**Positionen**  
**des**  
**Beirats zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen**  
**zur**  
**Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie 2017**

Erfurt, November 2017

## Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungen</b> .....	<b>3</b>
<b>I. Positionspapier des Beirats zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen für die Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie</b> .....	<b>4</b>
Vorbildwirkung durch eigenes Handeln stärken .....	4
Agenda 2030 integrieren – Schwerpunkte setzen .....	4
Verantwortung konkret benennen .....	6
Messbarkeit an Indikatoren ausrichten .....	7
Dialogprozess umfassend gestalten .....	8
<b>II. Positionspapier zum „Leitbild Nachhaltige Entwicklung in Thüringen“</b> .....	<b>9</b>
<b>III. Positionspapier zum Schwerpunktfeld „Bildung und lebenslanges Lernen“</b> .....	<b>20</b>
<b>IV. Positionspapier zum Schwerpunktfeld „Klima, Energie und Nachhaltige Mobilität“</b> .....	<b>21</b>
Vorbemerkung .....	21
Leitbilder für ein nachhaltiges Thüringen .....	21
Anmerkungen zum Diskussionsentwurf .....	22
<b>V. Positionspapier zum Schwerpunktfeld „Nachhaltiger Konsum und nachhaltiges Wirtschaften“</b> .....	<b>23</b>
Vorbemerkung .....	23
Leitbilder für ein nachhaltiges Thüringen .....	23
Anmerkungen zum Diskussionsentwurf .....	24
<b>VI. Positionspapier zum Schwerpunktfeld „Schutz der Biologischen Vielfalt“</b> .....	<b>27</b>
Vorbemerkung .....	27
Leitbilder für ein nachhaltiges Thüringen .....	27
Herausforderungen für Thüringen:.....	28
Beispielhafte und nicht vollständige Aufzählung von Handlungsfeldern in Thüringen .....	29
Folgende Vorschläge werden nicht von allen Beiratsmitgliedern unterstützt .....	30
<b>VII. Empfehlungen zum Schwerpunktfeld „Reduzierung von Ungleichheit“</b> .....	<b>32</b>
Positionspapier zum Themenfeld Reduzierung von Ungleichheiten .....	32
Kommentar zum Diskussionsentwurf Schwerpunktfeld SDG 10: „Weniger Ungleichheiten“ .....	36

## Abkürzungen

BNE	Bildung für Nachhaltige Entwicklung
IMAG NE	Interministerielle Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung
KITA	Kindertagesstätte
NBS	Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt
NE	Nachhaltige Entwicklung
ÖVF	Ökologische Vorrangflächen
Pkw	Personenkraftwagen
SDGs	Sustainable Development Goals (Globale Nachhaltigkeitsziele)
STS-AG	Staatssekretärsarbeitsgruppe
ThEEWärmeG	Thüringer Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz
ThEGA	Thüringer Energie- und Green-Tech Agentur
THG	Treibhausgase

## **I. Positionspapier des Beirats zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen für die Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie**

Erfurt, den 20.01.2017

### **Vorbildwirkung durch eigenes Handeln stärken**

Für das Jahr 2017 ist die Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie in einem mehrstufigen Prozess vorgesehen. Der Staatssekretärsarbeitsgruppe (STS-AG) obliegt dabei die Formulierung eines ersten Entwurfs. Der Beirat formuliert in diesem Positionspapier seine zentralen Anforderungen an eine zukünftige Nachhaltigkeitsstrategie für Thüringen.

Der Beirat ist der Auffassung, dass eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes mehr sein muss, als die Summe der bereits vorhandenen Bemühungen der einzelnen Ministerien. Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte daher insbesondere dort Schwerpunkte setzen, wo ressortübergreifendes Handeln erforderlich ist. Der Beirat plädiert für eine Schwerpunktsetzung vorrangig auf Themenfelder, die durch die Landespolitik auch gestaltet werden können. Eine besondere Bedeutung misst der Beirat der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand zu - sie ist einerseits eine Frage der Glaubwürdigkeit von nachhaltiger Politik und gibt andererseits den Akteuren in Wirtschaft und privaten Haushalten praktische Leitlinien für nachhaltiges Handeln.

Um in Thüringen das Bewusstsein für die ökologische Dramatik der derzeitigen Verschleißwirtschaft zu fördern, lädt der Nachhaltigkeitsbeirat die Mitglieder der Landesregierung (MP, Minister und Staatssekretäre) ein, in den kommenden Jahren ein deutliches persönliches Signal der Suffizienz zu setzen. Das kann der Verzicht auf private oder dienstliche Flugreisen sein, die drastische Reduktion der Pkw-Nutzung, die Halbierung des privaten Stromverbrauches oder andere deutlich erkennbare Schritte zur Verminderung des ökologischen Fußabdrucks. Die Mitglieder des Nachhaltigkeitsbeirates werden – jeder auf seine Art – in dieser Hinsicht in Vorleistung gehen.

### **Agenda 2030 integrieren – Schwerpunkte setzen**

Der Beirat begrüßt die Ausrichtung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie auf die Agenda 2030 und die internationalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals; SDGs). Der Beirat empfiehlt, folgende Ziele für Thüringen in den Mittelpunkt zu stellen und dabei insbesondere die genannten Aspekte zu berücksichtigen:

*A) Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2)*

- Treibhausgas- und Trinkwasserverbrauchsminimierende Ernährung fördern (Ernährungstreibhausgase selbe Größenordnung wie Transport in Deutschland (siehe [www.bmub.bund.de/P437](http://www.bmub.bund.de/P437)))
- Lebensmittelabfälle vermeiden (z. B. Händlern das Entsorgen von Lebensmittel per Gesetz verbieten (s. EU Nachbarländer!))

*B) Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)*

- dem Fachkräftemangel entgegenwirken
- qualitativen Ausbau von schulischer und außerschulischer Bildung fördern
- allen Menschen den Zugang zur Bildung ermöglichen unabhängig von Herkunft und Umfeld
- neue Möglichkeiten der Potentialentfaltung stärken und neue Formen des Lernens erproben

*C) Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern (SDG 7)*

- Konzentration der Energiepolitik auf den Wärmesektor, z.B. durch Unterstützung mit der
- Thüringer Wohnungswirtschaft bei der Einbindung Erneuerbarer Energien in die Gebäudeenergieversorgung, z.B. durch Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Fernwärmeversorgern zur Entwicklung von Dekarbonisierungsstrategien
- Vorbildwirkung des Landes beim Einsatz von Elektromobilität

*D) Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern (SDG 10)*

- demographischen Wandel aktiv gestalten
- Vorbildwirkung des Landes bei dem Anlegen von Sozialstandards bei Investitionen und Beschaffung
- Fluchtursachen bekämpfen

### *E) Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen (SDG 12)*

- Nachhaltige und faire Beschaffung innerhalb der Landesverwaltung
- Vorbildwirkung des Landes bei Maßnahmen zur Energieeffizienz, z.B. beim Thema Sanierung und Denkmalschutz
- Vorbildwirkung des Landes beim Einsatz Erneuerbarer Energien in Landesliegenschaften
- nachhaltiges Wirtschaften in Thüringen durch die Stärkung regionaler Wertschöpfung

### *F) Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen (SDG 15)*

- kein Netto-Flächenverbrauch in Thüringen
- Steuerung der Siedlungsentwicklung & Flächenrecycling
- Humusaufbau in Wäldern und auf Äckern
- bedrohte Arten

### **Verantwortung konkret benennen**

Die Strategie muss im Sinne der Umsetzung Handlungsfelder enthalten, die sich nachfolgenden Kriterien gliedern

- Jedes Handlungsfeld muss einen klaren Bezug zur Strategie aufweisen.
- Es müssen die Akteure, die für die Umsetzung des Handlungsfeldes zuständig sind, genannt werden.
- Das Ziel der einzelnen Handlungsfelder muss zwischen den verantwortlichen Akteuren abgestimmt werden.
- Es müssen Indikatoren bestimmt werden, die den Umsetzungsprozess der Handlungsfelder hinsichtlich der Zielerreichung aufzeigen.

Der Beirat geht davon aus, dass die Ministerien des Freistaates eine gemeinsame Verantwortung für die Umsetzung der Handlungsfelder der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie tragen. Um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, arbeiten sie ressortübergreifend zusammen und koordinieren ihre Vorhaben mit Bund und Kommunen. Wie diese verbindlich und an zu erreichenden Zielen ausgerichtet werden soll, ist in der Strategie zu beschreiben.

Die Strategie muss Konkurrenzen zwischen der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele transparent und unter Berücksichtigung des abzusehenden Fortschritts darstellen.

Die Strategie muss die Konsequenzen des politischen Handelns zur Umsetzung der Handlungsfelder durch Folgenabschätzungen zu Nachhaltigkeit darstellen. Dazu müssen verschiedene Handlungsalternativen zur Erreichung eines Nachhaltigkeitsziels dargestellt werden und die Landesregierung muss ihre Vorhaben auf Kohärenz sowohl mit anderen Vorhaben innerhalb des Ressorts als auch mit Maßnahmen anderer Ressorts prüfen und beschreiben.

Ebenso sollte dargestellt werden, wie die Ministerien bestehende Vorhaben regelmäßig mit den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie abgleichen und prüfen, ob die Nachhaltigkeitsziele auch durch die Anpassung oder Beendigung solcher Vorhaben erreicht werden können.

Diese Vorgehensweise bedeutet für die Politik, aber auch für Unternehmen und andere Organisationen einen hohen Grad der Verbindlichkeit, der auch zu kontrollieren ist. Auch zum Monitoringprozess bedarf es klarer Zeitschienen und Vorgehensweisen. Diese sind in der Nachhaltigkeitsstrategie zu beschreiben.

Die Handlungsfelder dürfen sich nicht am „Weg des geringsten Widerstandes“ orientieren. Die Strategie muss aufzeigen wo grundlegende Änderungen erforderlich sind.

In diesem Sinne fordert die Landesregierung auf, in ihrem Regierungshandeln wirtschaftliches Wachstum nicht als vorrangiges Ziel zu behandeln. Unser Lebensstandard liegt bereits deutlich über dem ökologisch vertretbaren und durch Ressourcen mittelfristig abzudeckenden Niveau.

Die Jugendbeteiligung muss in der Strategie verankert und durch passende Indikatoren bewertet werden.

### **Messbarkeit an Indikatoren ausrichten**

Für die Bestimmung der Indikatoren sind folgende Prämissen zu Grunde zu legen:

- möglichst geringer Aufwand zur Erhebung der Daten
- eine weitest gehende Passfähigkeit der bisherigen Indikatoren mit den SDGs ist herzustellen
- Indikatoren der bisherigen Strategie, die sich nicht den SDGs zuordnen lassen, sind fortzuführen, um deren Umsetzung auch im Rahmen des Monitoringprozesses der neuen Strategie nachzuverfolgen
- vertikale Integration der SDGs/Indikatoren ist ausdrücklich gewünscht

- die Zielwerte der Indikatoren sind, sofern sie weitergeführt werden, ambitioniert fortzuschreiben.

### Dialogprozess umfassend gestalten

- breite Einbeziehung unterschiedlicher Lebenswelten, Aufsuchen der Menschen vor Ort
- an den ausgewählten SDG ausgerichtete Workshops/Tagungen für Multiplikatoren und Interessierte mit regionaler Verteilung im Freistaat
- Einbindung von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren und deren Erfahrungen in der Gestaltung von Veränderungsprozessen



## II. Positionspapier zum „Leitbild Nachhaltige Entwicklung in Thüringen“

**Positionspapier** „Leitbild“ des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen zum Diskussionsentwurf der Interministeriellen Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung (IMAG NE) zum Leitbild der Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie

Erfurt, 20.09.2017

Der Beirat empfiehlt das Leitbild gem. der synoptischen Gegenüberstellung zu ergänzen.

<p><b>Entwurf der IMAG:</b> (Stand: 08.06.17)</p> <p><b>Leitbild Nachhaltige Entwicklung in Thüringen</b></p> <p><b>Nachhaltige Entwicklung – weltweit und in Thüringen</b></p> <p>Nachhaltige Entwicklung bedeutet nicht weniger, als allen Menschen die Chance auf ein gutes Leben in einer gesunden Umwelt zu eröffnen – heute und auch in Zukunft. Wie ein Kompass gibt das Prinzip Nachhaltigkeit Orientierung, um heute den richtigen Kurs für morgen einzuschlagen. Dabei gewinnen wir in allen Bereichen: Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Dem Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung zu folgen, bedeutet gleichermaßen den Bedürfnissen der heutigen sowie künftiger Generationen gerecht zu werden – in Thüringen sowie in allen Teilen der Welt – und ihnen ein Leben in voller Entfaltung und Würde zu ermöglichen. Dafür bedarf es einer wirtschaftlich leistungsfähigen, sozial ausgewogenen und ökologisch verträglichen Entwicklung.</p>	<p><b>Position des Nachhaltigkeitsbeirates:</b></p> <p><b>Leitbild Nachhaltige Entwicklung in Thüringen</b></p> <p><b>Nachhaltige Entwicklung – weltweit und in Thüringen</b></p> <p>Nachhaltige Entwicklung bedeutet, so zu leben, dass es nicht zu Lasten von Menschen in anderen Regionen der Erde oder zukünftiger Generationen geht.</p> <p>Soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte sind dabei gleichermaßen zu berücksichtigen. Die Belastbarkeit des Systems Erde und der Natur sowie die Orientierung an einem Leben in Würde für alle, bilden hierbei die absolute Grenze menschlichen Handelns und politischer Entscheidungen. In der Konsequenz bedeutet dies, eine Transformation der Gesellschaft. Dazu bedarf es eines neuen Gesellschaftsvertrages für die Transformation zur Nachhaltigkeit – weniger auf dem Papier als im Bewusstsein der Menschen.</p>
--	--

Die planetaren Grenzen unserer Erde und die Orientierung an einem Leben in Würde für alle bilden dabei die Leitplanken.

Das Konzept der Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bedeutet, immer nur so viel Holz zu schlagen, wie gleichzeitig nachwachsen kann – im übertragenen Sinne also vom Ertrag zu leben, anstatt die Substanz aufzubrauchen, welche die Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen darstellt. Thüringen ist historisch eine der Kernregionen nachhaltiger Entwicklung. Denn schon die Ursprünge des forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeitsbegriffes liegen im sächsisch-thüringischen Raum. Fürstin Anna Amalia war die erste Regentin, die die Forstwirtschaft nachweislich am Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichtete. Dem Grundsatz der Nachhaltigkeit verpflichtet sich auch die **Thüringische Landesregierung** mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie.

Das Konzept der Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bedeutet, immer nur so viel Holz zu schlagen, wie gleichzeitig nachwachsen kann – im übertragenen Sinne also vom Ertrag zu leben, anstatt die Substanz aufzubrauchen, welche die Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen darstellt. Thüringen ist historisch eine der Kernregionen nachhaltiger Entwicklung. Denn schon die Ursprünge des forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeitsbegriffes liegen im sächsisch-thüringischen Raum. Fürstin Anna Amalia war die erste Regentin, die die Forstwirtschaft nachweislich am Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichtete. Dem Grundsatz der Nachhaltigkeit verpflichtet sich auch die **Thüringer Landesregierung** mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie.

Nachhaltigkeit ist ein politischer Anspruch, zu dessen Erfüllung aktiv gestaltendes parlamentarisches, staatliches und nicht zuletzt zivilgesellschaftliches Handeln erforderlich ist. Dies bedeutet, dass Politik, Staat und Gesellschaft die Wahrnehmung und Nutzung der Ressourcen und Teilhabechancen so gestalten, dass sie auch künftigen Generationen in ausreichenden Umfang zur Verfügung stehen. Nachhal-

<p>Mit den im Dezember 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) der Agenda 2030 wurde ein neuer globaler Orientierungsrahmen geschaffen. Mit dem Landtagsbeschluss „Der Beitrag Thüringens zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrags“ vom 09. Dezember 2016 hat der Landtag Thüringen entschieden, auf die Ausgestaltung von Gesetzen und Richtlinien entsprechend der Globalen Nachhaltigkeitsziele hinzuwirken. Bei der Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie orientiert sich auch die Landesregierung an diesen Zielsetzungen.</p>	<p>tigkeit erfordert den Blick über Generationen hinweg – nicht das Denken in Dekaden oder in Wahlperioden.</p> <p>Mit den im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) der Agenda 2030 wurde ein neuer globaler Orientierungsrahmen geschaffen. Mit dem Landtagsbeschluss „Der Beitrag Thüringens zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrags“ vom 09. Dezember 2016 hat der Landtag Thüringen entschieden, auf die Ausgestaltung von Gesetzen und Richtlinien entsprechend der Globalen Nachhaltigkeitsziele hinzuwirken. Bei der Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie orientiert sich auch die Landesregierung an diesen Zielsetzungen.</p> <p>Bei der Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie richtet die Landesregierung ihr Handeln an diesen Zielsetzungen aus.</p> <p>Handlungsleitend bei der Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ist das Konzept des „gestaltenden Staates“. Durch Ermöglichen und Fördern wie auch durch Gesetze und Verordnungen wollen wir den Rahmen abstecken, in dem Freiheit herrschen kann. Wir werden nachhaltigkeitsfördernde Potentiale begünstigen und den Ordnungsrahmen für sie schaffen sowie nachhaltiges Verhalten</p>
---	--

### Eine Kultur der Nachhaltigkeit in Thüringen

Nachhaltigkeit ist in Thüringen eine Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft und wird in gemeinsamer aber geteilter Verantwortung von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren umgesetzt und weiter entwickelt. Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie ist daher nicht nur eine Strategie der Landesregierung; sie versteht sich als eine Strategie für das Land Thüringen. Die Landesregierung nimmt ihre Vorbildfunktion wahr, schafft fruchtbare Rahmenbedingungen und unterstützt das Engagement der nicht-staatlichen Akteure. Vereine, Verbände, Unternehmen, Kirchen, Kommunen und andere gesellschaftliche Gruppen setzen sich mit den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung in und für Thüringen auseinander und entwickeln eine Vielfalt an einschlägigen Projekten und Maßnahmen.

Thüringen leistet einen aktiven Beitrag zur Erreichung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen. Dies bedeutet eine klare Ausrichtung der

mit Anreizen ermutigen und weniger nachhaltiges Verhalten mit Belastungen entmutigen.

### Eine Kultur der Nachhaltigkeit in Thüringen

Nachhaltigkeit ist in Thüringen eine Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft und wird in gemeinsamer aber geteilter Verantwortung von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren umgesetzt und weiter entwickelt. Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie ist daher nicht nur eine Strategie, sondern **die** Dachstrategie und **das** Querschnittsthema der Landesregierung und des Landes Thüringen. Die Landesregierung nimmt ihre Vorbildfunktion wahr. Sie geht mit eigenem Handeln und der Schaffung der dafür notwendigen rechtlichen, strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen konsequent voran und unterstützt zugleich das Engagement der nicht-staatlichen Akteure. Die Thüringer Landesregierung ermutigt Vereine, Verbände, Unternehmen, Kirchen, Kommunen und andere gesellschaftliche Gruppen sich mit den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung in und für Thüringen auseinander zu setzen und eine Vielfalt an eigenen oder gemeinsam mit der Landesregierung umzusetzenden Projekten und Maßnahmen, zu entwickeln.

Thüringen leistet einen aktiven Beitrag zur Erreichung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen. Dies be-

<p>Nachhaltigkeitsaktivitäten der Landesregierung an den Zielen der Agenda 2030 und ein verstärktes Engagement in für Thüringen besonders relevanten Themenfeldern:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Bildung und lebenslanges Lernen:</b> Bildung und lebenslanges Lernen sind ein Schlüssel für selbstbestimmtes, weitsichtiges und bedachtes Denken und Handeln. Da, wo Bildung erworben wird, können neue Ideen für eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise entstehen und praktisch umgesetzt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die berufliche und schulische Qualifizierung zu verbessern und eine Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bildungsbereichen zu verankern.</li><li>• <b>Klima, Energie und nachhaltige Mobilität:</b> Von den Folgen des Klimawandels sind nicht nur ökologische Systeme, sondern bereits heute auch Menschen in der Welt und in Thüringen direkt und</li></ul>	<p>deutet eine klare Ausrichtung der Nachhaltigkeitsaktivitäten der Landesregierung an den Zielen der Agenda 2030 und ein verstärktes Engagement in für Thüringen besonders relevanten Themenfeldern, ohne die anderen Nachhaltigkeitsziele aus dem Blick zu nehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Bildung und lebenslanges Lernen:</b> Bildung und lebenslanges Lernen sind ein Schlüssel für selbstbestimmtes, weitsichtiges und bedachtes Denken und Handeln. Da, wo Bildung erworben wird, können neue Ideen für eine nachhaltige Lebensweise entstehen und praktisch umgesetzt werden. Wir verstehen Bildung im umfassenden Sinne und als Menschenrecht. Sie entscheidet maßgeblich über die Chancen aller Menschen ihre individuellen Möglichkeiten zu entfalten, an der Gesellschaft teilzuhaben, diese mitzugestalten und ihre beruflichen Ziele zu verwirklichen. Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie räumt deshalb der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bereichen des Bildungssystems eine besondere Rolle ein.</li><li>• <b>Klima, Energie und nachhaltige Mobilität:</b> Von den Folgen des Klimawandels sind bereits heute Menschen als Teil des gesamten ökologischen Systems in der Welt</li></ul>
--	---

<p>indirekt betroffen. Wir leisten unseren Beitrag, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter 2,0°C zu begrenzen. So sollen die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen in Thüringen und der Welt erhalten bleiben. Gleichzeitig wollen wir eine nachhaltige, bedarfsgerechte und sozialverträgliche Energieversorgung und Mobilität gewährleistet werden.</p>	<p>und in Thüringen direkt und indirekt betroffen. Wir leisten unseren Beitrag, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter 2,0°C zu begrenzen. So sollen die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen in Thüringen und der Welt erhalten bleiben. Gleichzeitig wollen wir eine nachhaltige, bedarfsgerechte und sozialverträgliche Energieversorgung und Mobilität gewährleistet werden.</p> <p>Die Klimaschutzstrategie des Landes Thüringen setzt die Erfordernisse des Weltklimaabkommens um. Unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft konkretisiert sie die CO<sub>2</sub>-Einsparungsziele für alle wesentlichen Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr, Abfall-, Land- und Forstwirtschaft).</p> <p>Unser Verkehrsaufkommen wird weiter wachsen. Dabei geht es nicht mehr nur um räumliche Fortbewegung oder um Verkehrsmittelnutzung. Es geht um eine neue, nachhaltige Mobilität – um Vernetzung, postfossile Mobilität, mobiles Arbeiten, intelligente Transportwege und entsprechend gestaltete Lebensräume für das gesamte Land Thüringen.</p>
--	--

- **Nachhaltiger Konsum und nachhaltiges Wirtschaften:** Die Ressourcen der Erde sind endlich und auch zukünftige Generationen haben ein Recht darauf, von einer funktionsfähigen Umwelt zu profitieren. Gesamtgesellschaftliche Ziele wie wirtschaftliche Entwicklung, technologischer Fortschritt, Wohlstand und Lebensqualität müssen daher mit einem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen erreicht werden. Deshalb engagieren wir uns für Ressourceneffizienz und eine effiziente Kreislaufwirtschaft, suchen Wege, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und sensibilisieren Verbraucher für gesunde Ernährung und regionale Wertschöpfung.

- **Nachhaltiger Konsum und nachhaltiges Wirtschaften:** Nachhaltig konsumieren heißt Produkte zu kaufen, die nach sozialen, ökologischen und fairen Kriterien hergestellt werden und die einen möglichst kleinen ökologischen Fußabdruck haben. Dabei steht nicht immer der Kauf im Vordergrund. Viele Waren und Dienstleistungen muss man nicht besitzen, sondern kann sie teilen oder tauschen. Dies wird durch die Landesregierung gefördert und gelebt. Die Wirtschaft trägt eine besondere Verantwortung für das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung. Daher ist es im Sinne der gesellschaftlichen Transformation erforderlich, Ziele, Organisationsformen und Beschäftigungsstrukturen des bisherigen Wirtschaftens zu hinterfragen. Nachhaltige Wirtschaft ist mehr als „business as usual“. Ansätze jenseits der Mainstream-Ökonomie müssen dazu beitragen, regionale Strukturpolitik zu ergänzen und lokale Disparitäten abzubauen, wie heute schon erste Projekte der Lokalen Ökonomie zeigen. Zugleich existiert eine große Distanz zwischen solchen Ansätzen und den herkömmlichen Unterstützungsstrukturen für die Wirtschaft. Die Landespolitik muss dazu beitragen,

<ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Schutz der Biologischen Vielfalt:</b> Die biologische Vielfalt umfasst Lebensräume vom Wald über Moore bis hin zu landwirtschaftlich genutzten Flächen, die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten und die Vielfalt innerhalb der Arten. Die Bewahrung der biologischen Vielfalt ist ein Schlüssel dafür, dass auch zukünftigen Generationen eine lebenswerte Existenz ermöglicht wird. Daher engagieren wir uns besonders für den Erhalt bedrohter Arten und die Aufrechterhaltung ökologischer Funktionen.</li></ul>	<p>Barrieren abzubauen und die Potenziale regionaler Wirtschaftsstrukturen, alternativer Unternehmensformen und sozialer Innovationen für nachhaltiges Wirtschaften zu fördern. Thüringen setzt auf eine vorausschauende Politik, die sich nicht nur am BIP, sondern am regionalen Wohlfahrtsindex orientiert.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Schutz der Biologischen Vielfalt:</b> Der Begriff „Biologische Vielfalt“ oder auch „Biodiversität“ meint die Vielfalt des Lebens auf unserer Erde. Er umfasst die Vielfalt der Gene, Arten und Ökosysteme (Wald, Landwirtschaft, Urbane Räume, Gewässer, Moore, ...) Die Thüringer Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt konstatiert zu Recht die besondere Rolle Thüringens: „Thüringen ist eines der artenreichsten Bundesländer und trägt entscheidende Verantwortung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Deutschland und Europa. Der Artenschutz hat zum Ziel, diese Vielfalt als wichtiges Erbe für zukünftige Generationen in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Umwelt zu erhalten.“ Daher engagieren wir uns besonders für den Erhalt und die Wiederherstellung ökologischer Funktionen. Auch</li></ul>
---	--



<ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Reduzierung von Ungleichheit:</b> Ungleichheit und Diskriminierung abzubauen ist ein Menschenrechtsprinzip und ein Gebot der sozialen Verantwortung, aber auch eine Voraussetzung dafür, eine Gesellschaft langfristig inklusiv, sicher und demokratisch zu gestalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Ungleichheiten in allen Dimensionen zu verringern.</li></ul> <p>Wir leisten insbesondere in diesen Schwerpunktfeldern unsere Beiträge und wir legen unserem Handeln den Grundsatz der Nachhaltigkeit zugrunde der besagt, dass jede Generation ihre Aufgaben selbst löst und sie nicht den kommenden Generationen aufbürdet. Dabei behalten</p>	<p>hier gilt es einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen: Boden, Wasser und Luft sicherzustellen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Reduzierung von Ungleichheit:</b> Ungleichheit und Diskriminierung abzubauen ist ein Menschenrechtsprinzip und ein Gebot der sozialen Verantwortung, aber auch eine Voraussetzung dafür, eine Gesellschaft langfristig inklusiv, sicher und demokratisch zu gestalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Ungleichheiten in allen Dimensionen zu verringern. Ein Handlungskonzept der Landesregierung muss daher insbesondere Instrumente der Sozial-, Familien-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Finanz-, Steuer-, Integrationspolitik sowie der Stadtplanung und Quartiersentwicklung einbeziehen und einen stärker integrierten Ansatz verfolgen.</li></ul> <p>Zur Erreichung der Ziele in diesen Schwerpunktfeldern im Zusammenspiel mit den anderen Nachhaltigkeitszielen werden gleichermaßen Suffizienz-, Effizienz- und Konsistenzansätze verfolgt.</p> <p>Wir leisten insbesondere in diesen Schwerpunktfeldern unsere Beiträge und wir legen unserem Handeln den Grundsatz einer <b>starken</b> Nachhaltigkeit zugrunde der besagt, dass jede Generation ihre Aufgaben selbst löst und sie nicht den</p>
---	--

wir nicht nur die Schwerpunktfelder, sondern alle Ziele der Agenda 2030 im Blick und bewerten regelmäßig die Entwicklung des Landes mit Blick auf diese Ziele.

Nachhaltige Entwicklung bedeutet, mit Visionen und Kreativität die Zukunft in Thüringen in der Einen Welt zu gestalten. Es geht darum, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir auf die Fragen der globalisierten Welt in Wirtschaft und Gesellschaft antworten wollen. Die Nachhaltigkeitsstrategie Thüringen trägt dazu bei, dass sich die staatlichen und die nicht-staatlichen Akteure im gemeinsamen Dialog und in gemeinsamen Aktivitäten mit diesen Fragen auseinandersetzen. Dabei nehmen wir ökologische und soziale Herausforderungen gleichermaßen in den Blick und nutzen als industrialisierte Region in Europa und Deutschland unsere Stärken für den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise. Das betrifft auch die Art und Weise, wie wir Energie erzeugen und nutzen, wie wir konsumieren und produzieren und nicht zuletzt die Art und Weise, wie wir als Land unsere finanziellen Mittel so einsetzen, dass heutige und zukünftige Generationen von unserer Haushaltspolitik profitieren.

Nachhaltige Entwicklung verstehen wir dabei als einen Weg in die Zukunft, der

kommenden Generationen aufbürdet. Dabei behalten wir nicht nur die Schwerpunktfelder, sondern alle Ziele der Agenda 2030 im Blick und bewerten regelmäßig die Entwicklung des Landes mit Blick auf diese Ziele.

Nachhaltige Entwicklung bedeutet, mit Mut, Transparenz, Offenheit, Visionen und Kreativität die Zukunft in Thüringen in der Einen Welt zu gestalten. Es geht darum, wie wir in Zukunft leben wollen und wie wir auf die Fragen der globalisierten Welt als Gesellschaft antworten. Die Nachhaltigkeitsstrategie bildet die Grundlage für einen kontinuierlichen Dialog der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure für eine wirkungsvolle, gemeinsam getragene Umsetzung im Sinne einer zukunftsfähigen und lebenswerten Zukunft in Thüringen. Dabei kommt Thüringen seiner Verantwortung mit geeigneten Beiträgen in unserer Einen Welt nach. Dieser Prozess wird von einem kontinuierlichen Monitoring begleitet. Die Ergebnisse werden in den Dialogprozess eingespeist.

Dabei nehmen wir ökologische und soziale Herausforderungen gleichermaßen in den Blick und nutzen als industrialisierte Region in Europa und Deutschland unsere Stärken für den Aufbau einer nachhaltigen Lebensweise.

Nachhaltige Entwicklung verstehen wir dabei als einen Weg in die Zukunft, der

<p>das Engagement aller <b>gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure</b> braucht und nur im Dialog und in der Zusammenarbeit mit den Menschen in Thüringen gelingen kann. Dieser Weg ist ein Lern- und Entwicklungsprozess, bei dem wir jeden Tag neue Stärken gewinnen können, indem wir einander zuhören, voneinander lernen und immer wieder Neues erproben. Gemeinsam wollen wir auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung dazu beitragen, die Träume und Hoffnungen der Menschen in Thüringen auf eine Art und Weise wahrzumachen, die auch für unsere Mitmenschen in der Einen Welt neue Chancen entstehen lässt.</p>	<p>das Engagement <b>aller Akteure</b> braucht und nur im Dialog und in der Zusammenarbeit mit den Menschen in Thüringen gelingen kann. Dieser Weg ist ein Lern- und Entwicklungsprozess, bei dem wir jeden Tag neue Stärken gewinnen können, indem wir einander zuhören, voneinander lernen und immer wieder Neues erproben. <b>Konkurrenzen zwischen der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele werden wir dabei transparent und unter Berücksichtigung des abzusehenden Fortschritts darstellen.</b> Gemeinsam wollen wir auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung dazu beitragen, die Träume und Hoffnungen der Menschen in Thüringen auf eine Art und Weise wahrzumachen, die auch für unsere Mitmenschen in der Einen Welt neue Chancen entstehen lässt.</p> <p>Da eine Angleichung der weltweiten Lebensbedingungen an den Lebensstandard der führenden Industriestaaten die Kapazitätsgrenzen unseres Planeten unweigerlich sprengen würde, laden wir alle Thüringerinnen und Thüringer ein, den Königsweg der Suffizienz zu betreten. Das heißt, aus freien Stücken ihre Ansprüche und ressourcenintensiven Bedürfnisse zu reduzieren. Mitglieder der Landesregierung, besonders solche, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, werden auf diesem Weg mit deutlich erkennbarem Beispiel vorangehen.</p>
---	--

### III. Positionspapier zum Schwerpunktfeld „Bildung und lebenslanges Lernen“

**Positionspapier** des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen zum Diskussionsentwurf der IMAG NE zum Schwerpunktfeld „Bildung und lebenslanges Lernen“, Stand: 08.06.17 der Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie

Erfurt, den 22.08.2017

Der vorliegende Diskussionsentwurf der STS-AG zu dem Schwerpunktfeld „Bildung und lebenslanges Lernen“ berührt viele interessante, richtige und wichtige Aspekte im Themenfeld BNE. Gleichwohl wirken die Vorschläge und Ziele etwas zufällig, unstrukturiert und unvollständig. Im Einzelnen:

- Es sollte klarer differenziert werden, ob es um die Bildungsinhalte für Nachhaltige Entwicklung, um die erwiesenermaßen geringe Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems bis zu höheren Bildungsabschlüssen oder um die Nachhaltigkeit des Bildungssystems an sich (dauerhafte Ressourcenausstattung) geht.
- Die Bildungsinhalte tauchen an verschiedenen Stellen auf. Es fehlen allerdings die Bereiche der beruflichen Bildung sowie der Hochschulbildung, die auch für die Vermittlung zu einem umfassenden Verständnis Nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind.
- Die Verbesserung der Durchlässigkeit des Bildungssystems taucht an einigen Stellen auf. Hier werden insbesondere Fragen der Inklusion angesprochen; es fehlen aber Aussagen zum Stellenwert der Hochschulbildung gegenüber der in Deutschland sehr guten und für die wirtschaftliche Entwicklung essenziellen beruflichen Bildung im dualen System (ist das mit „postsekundärem Abschluss“ gemeint?). Hier sollte eine systematische Aufwertung der beruflichen Bildung oder dualer Studiengänge stärker in den Fokus genommen werden.
- Aussagen zur Nachhaltigkeit des Bildungssystems an sich fehlen. Gerade hier liegen aber die größten Handlungsmöglichkeiten des Freistaates, wenn er die Ressourcenausstattung des Bildungssystems entsprechend erhöht.
- BNE muss für eine erfolgreiche Umsetzung bereits durch Beteiligungsprozesse und die Übertragung von Verantwortung in jungen Jahren verankert werden (vgl. Jugendbeirat, Kindergipfel, Jugendparlamente)

Dieses Positionspapier wurde federführend durch Herrn Prof. Dr. Matthias Gather erstellt. Dieser steht Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

#### IV. Positionspapier zum Schwerpunktfeld „Klima, Energie und Nachhaltige Mobilität“

**Positionspapier** des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen zum Diskussionsentwurf der IMAG NE zum Schwerpunktfeld „Klima, Energie, nachhaltige Mobilität“, Stand: 08.06.17 der Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie

Erfurt, den 22.08.2017

##### Vorbemerkung

Der vorliegende Diskussionsentwurf der STS-AG zu dem Schwerpunktfeld „Klima, Energie und nachhaltige Mobilität“ weist leider nur wenig über das derzeitige politische Handeln hinaus und vergibt damit die Chance, mittels der Nachhaltigkeitsstrategie Leitbilder für die notwendigen Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft zu definieren. Diese Stellungnahme gliedert sich daher in zwei Teile: in dem ersten wird der Versuch unternommen, solche Leitbilder für das Schwerpunktfeld „Klima, Energie und nachhaltige Mobilität“ zu skizzieren; der zweite Teil enthält Anmerkungen zu dem Diskussionsentwurf.

##### Leitbilder für ein nachhaltiges Thüringen

- Thüringen bekennt sich zu den Pariser Klimaschutzziele und strebt bis zum Jahr 2050 eine klimaneutrale Gesellschaft an. Die größten Herausforderungen liegen dabei im Mobilitäts- und Wärmesektor (...). Die Integrierte Energie- und Klimastrategie des Landes ist dabei ein Baustein zu ihrer Bewältigung.
- Thüringen gestaltet die Energiewende. Das Land gibt dem Ausbau Erneuerbarer Energien im Wind- und Solarbereich sowie der dafür notwendigen Speicherinfrastruktur Raum (...). Die Ausweisung von einem Prozent der Landesfläche für Windkraft sind dabei ein erster wichtiger Schritt. Die Landesregierung unterstützt lokale und regionale Akteure bei der Energiewende und setzt sich auf Bundesebene für den zielgerichteten Ausbau der überregionalen Infrastruktur ein (...). Der Ausbau der Thüringer Energie- und GreenTech Agentur (ThEGA) sichert den Erfolg der Energiewende ab.
- Die Landesregierung nimmt in Thüringen eine Vorreiterrolle auf dem Weg zu einer klimaneutralen Gesellschaft ein. Gebäudebewirtschaftung und Beschaffungswesen werden daran ausgerichtet (...).
- Thüringen sorgt für eine gerechte Aufteilung von Kosten und Profiten beim Übergang auf eine klimaneutrale Gesellschaft (...). Bausteine dafür sind die Gewährleistung einer bedarfsgerechten Mobilität in allen Landesteilen, die Partizipation

von BürgerInnen an der Energieerzeugung und die soziale Abfederung von Energiepreissteigerungen.

### Anmerkungen zum Diskussionsentwurf

- Das Reduktionsziel von 60 – 70 Prozent der THG-Emissionen für das Jahre 2030 im Vergleich zu 1990 ist wenig ambitioniert, auch wenn 70 Prozent angestrebt werden. Derzeit (2014) beträgt die THG-Reduktion bereits 57 Prozent, so dass dieses Ziel als Aufruf zum Stillstand bzw. „weiter so“ missverstanden werden kann oder sogar verstanden werden muss.
- Die Betonung des Gebäudebereichs ist wichtig für den Erfolg der Energiewende. Allerdings sollte dieser Bereich sich dann auch in den Handlungsfeldern wiederfinden. Eine Kombination aus Fördern (bspw. Einsatz für eine Steuerermäßigung bei energetischen Sanierungsmaßnahmen) und Fordern (bspw. ThEEWärmeG) sollte hier zumindest skizziert werden.
- Die in den Handlungsfeldern beschriebenen Fördermaßnahmen beschreiben lediglich die aktuelle Förderkulisse. Dies ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn diese verstetigt werden soll. Das ist bei „Solar Invest“ zumindest umstritten.
- Förderung von Forschung und Entwicklung in Thüringen, insbesondere zu den Themenfeldern Klima, Energie und nachhaltige Mobilität um den Standort für zukunftsorientierte Unternehmen attraktiv zu machen/halten.
- Als Experiment für den öffentlichen Personennahverkehr schlage wir vor, in einer Stadt, z. B. Erfurt, die städtischen Bahnen und Busse unentgeltlich fahren zu lassen und dabei die Auswirkungen auf den individuellen Autoverkehr und die Abgas-, Staub- und Lärmbelastung zu erfassen. Das wäre ein augenfälliges, öffentlichkeitswirksames Beispiel für eine ernstgemeinte Umweltpolitik.

Dieses Positionspapier wurde federführend durch den stellvertretenden Beiratssprecher Herrn Prof. Dr. Victor Wesselak erstellt. Dieser steht Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

## V. Positionspapier zum Schwerpunktfeld „Nachhaltiger Konsum und nachhaltiges Wirtschaften“

**Positionspapier** des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen zum Diskussionsentwurf der IMAG NE zum Schwerpunktfeld „Nachhaltiger Konsum und Nachhaltiges Wirtschaften“, Stand: 08.06.17 der Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie

Erfurt, den 25.08.2017

### Vorbemerkung

Der vorliegende Diskussionsentwurf der STS-AG zu dem Schwerpunktfeld „Nachhaltiger Konsum und nachhaltiges Wirtschaften“ sollte viel stärker an die bisherige Strategie anknüpfen und weist nicht über das derzeitige politische Handeln hinaus. Es fehlen ambitionierte Ziele und Strategien für die notwendige gesellschaftliche Transformation. Obwohl im vorliegenden Diskussionsentwurf die Auswirkungen unseres bisherigen, auf Wachstum und Innovation orientierten, Wirtschaftens auf die Umwelt benannt sind, fehlt das dafür erforderliche Umsteuern. Allein mit Effizienz, Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung wird dieses Umsteuern nicht erreicht werden können. Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie muss sich mit den Stichworten: Suffizienz, Postwachstum, degrowth nicht nur im Rahmen der Unterstützung von kleinen zivilgesellschaftlichen Projekten auseinandersetzen, sondern diese ebenfalls zu weiteren Kernbestandteilen zukünftiger Konsum- und Wirtschaftsstrategien in unserem Land zu entwickeln.

### Leitbilder für ein nachhaltiges Thüringen

Nachhaltiger Konsum und nachhaltiges Wirtschaften in Thüringen werden durch ein sinnvolles Zusammenwirken von Suffizienz, Ressourceneffizienz, Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe erreicht. Bestandteil eines nachhaltigen und inklusiven Wirtschaftens, ist die Stärkung der Sozial- und Tarifpartnerschaft, die den gesellschaftlichen Wohlstand fair verteilt und die Teilhabe- und Entwicklungschancen aller Bevölkerungsschichten verbessert. Wohlstand bedeutet dabei mehr als nur die reine Versorgung mit materiellen Gütern, sondern es geht um die Frage, welche Werte für eine zukunftsfähige Gesellschaft notwendig sind, in der in Freiheit Lösungen für die ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit erarbeitet werden können, um Frieden und Zusammenhalt in der Gesellschaft und weltweit zu erreichen. Die Umsetzung dieser Ansätze muss von einer Veränderung unserer bisherigen Lebensstile und Konsummuster begleitet

werden, wenn sie ihre nachhaltige Wirkung umfassend entfalten sollen. In diesem Kontext kommt der BNE eine zentrale Rolle zu.

Thüringen richtet seine Wirtschaftspolitik daran aus, nur Unternehmen und deren Ansiedlung zu fördern, die sozial und ökologisch verantwortlich agieren und damit wirtschaftlich erfolgreich sind und deren Produkte und Dienstleistungen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen (z.B. Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit,) die die Lebensgrundlage künftiger Generationen sicherstellt und mehr soziale Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd bewirkt.

Unternehmen mit einem nachhaltigen Geschäftsmodell sorgen für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne ihrer Mitarbeiter und die ihrer Zulieferer überall auf der Welt. Sie nutzen natürliche Ressourcen sehr effizient und vermeiden umwelt- oder gesundheitschädliche Inhaltstoffe. Ihre Produkte und Dienstleistungen fördern lebenswerte Bedingungen und dienen der Umsteuerung der globalisierten Wirtschaft hin zu nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweisen.

Die Thüringer Landesregierung und -verwaltung hat beim Thema „Nachhaltiger Konsum und nachhaltiges Wirtschaften“ eine Vorbildfunktion. Über die Vorbildfunktion hinaus wird durch die Beschaffung nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen sowie durch nachhaltiges Bauen und Bewirtschaften von Liegenschaften auch die Nachfrage nach entsprechenden Produkten und Dienstleistungen gestärkt. Sie schafft die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, um selbiges auch auf der kommunalen Ebene zu ermöglichen. Als gestaltender Staat will sie Partner sein und setzt in diesem Sinne steuernde und motivierende Impulse für Gesellschaft und Wirtschaft. Dazu eignen sich insbesondere das Thüringer Vergabegesetz, die Anpassung der Förderkulisse und die Thüringer Kommunalordnung.

Nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltiger Konsum führen zu Konflikten, so dass es notwendig erscheint, die Akzeptanz von Nachhaltigkeit als Leitbild für wirtschaftliches Handeln zu erhöhen. Um eine breitere Akzeptanz zu schaffen, müssen BNE-Angebote daher sowohl auf dem formalen als auch auf dem informellen Bildungssektor fußen.

### Anmerkungen zum Diskussionsentwurf

Ein Eingehen auf die einzelnen Punkte, würde ein komplett neues Schreiben erfordern, z.B. ergeben einige Punkte sprachlich keinen Sinn und die Digitalisierung ist ohne Zusammenhang zum Sinn des Papiers dargestellt. Daher nur Hinweise, was beschrieben werden sollte:



### *Herausforderungen für Thüringen:*

- Suffizienz
- Ressourceneffizienz
- Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- Stärkung der Sozial- und Tarifpartnerschaft
- Faire und nachhaltige Beschaffung
- Internationale Dimension des nachhaltigen Wirtschaftens in Thüringen
- Unterstützung von Unternehmen zur Etablierung einer Unternehmenspolitik, die darauf abzielt, betriebswirtschaftlichen Erfolg, Umweltauswirkungen sowie die Beziehungen des Unternehmens zu seinem gesellschaftlichen Umfeld in ein langfristig tragfähiges Gleichgewicht zu stellen.

### *Beispielhafte und nicht vollständige Aufzählung von Handlungsfeldern in Thüringen*

- Entwicklung von nachhaltigen Bewirtschaftungsverfahren
- kurze Stoff- und Wirtschaftskreisläufe auch zur Minderung von Transportwegen
- Etablierung von guter und fairer Arbeit
- räumliche Nähe der Akteure, regionale Ökonomie
- Wahrung der regionalen Tradition und Identität
- Nachhaltigkeit in der Abfallwirtschaft (Mülltrennung, Recycling)
- verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und Anreize für nachhaltiges Bauen und Bewirtschaften von Immobilien
- Flächensparendes Bauen in Verbindung mit der Nutzung erneuerbarer Energien bei Neuansiedlungen in Gewerbebetrieben
- Fairer Handel (Menschenrechte und Arbeitnehmerschutz in Entwicklungsländern)
- Ethisches Investment (günstige Kredite für Umweltschutz- oder Entwicklungshilfeprojekte)
- bewusstes Konsumverhalten beim Einkauf von Kleidung, Nahrung, Kosmetik, Hausbau, Reisen...
- Stärkung des Verbraucherschutzes: z.B. durch transparentere Verbraucherinformationen, wie Kennzeichnungsregeln für Lebensmittel. Lebensmittel, die mit gentechnisch verändertem Futter hergestellt wurden, sind verpflichtend zu kennzeichnen, damit werden die Verbraucher/innen in die Lage versetzt, bewusster einkaufen zu können

- Definition von Standards einer nachhaltigen Agrarpolitik in einem breiten gesellschaftlichen Dialog unter Einbeziehung aller Akteure
- BNE und Gesundheitsbildung für die Bevölkerung, insbesondere mit dem Fokus auf Konsumverhalten und die Essgewohnheiten der Verbraucher verstärken: Private Haushalte stellen den größten „Verschwender“ dar. Wir brauchen mobile, einfach zugängliche Informations- und Kommunikationswerkzeuge, die die Verbraucher/innen direkt im Geschäft oder in der Küche nutzen können
- kostenfreies gesundes und regionales Essen in Kindergruppe, KITA, Schule und Berufsschule in Verbindung mit Projektwochen, die die Aufmerksamkeit der Kinder wieder auf den Wert und auf die Herkunft von Lebensmitteln richten
- Stärkung von sogenannten Foodsharing-Communities (Lebensmitteltauschringen) bevor überzählige Lebensmittel weggeworfen werden, können sie auch an Nachbarn oder Freunde verschenkt werden
- Stärkung von Kooperation von Einzelhändlern und Caterern einerseits und von Hilfsorganisationen/Initiativen andererseits. So könnte die Bereitstellung einer standardisierten Musterplattform sein, die von regionalen Akteuren auf ihre Bedürfnisse angepasst werden kann. Über diesen Weg können Angebot und Nachfrage verknüpft und die Logistik vereinfacht werden. Es bedarf Initiativen und Fördermöglichkeiten für die Entwicklung innovativer Verpackungsmaterialien. „Intelligente“ Verpackungen, die den Zustand der verderblichen Lebensmittel überwachen und angeben können, sind dazu ein Ansatz.
- Thüringen setzt sich dafür ein, die Entsorgung von überschüssigem aber noch genießbaren Nahrungsmitteln im Einzelhandel durch Gesetzgebung ähnlich der Modelle in Italien oder Frankreich zu unterbinden.

Dieses Positionspapier wurde federführend durch Herrn Ron Hoffmann und Herrn Dr. Klaus Wagner erstellt. Diese stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

## VI. Positionspapier zum Schwerpunktfeld „Schutz der Biologischen Vielfalt“

**Positionspapier** des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen zum Diskussionsentwurf der IMAG NE zum Schwerpunktfeld „Schutz der Biologischen Vielfalt und Gewässerschutz“, Stand: 08.06.17 der Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie

Erfurt, den 25.08.2017

### Vorbemerkung

Der vorliegende Diskussionsentwurf der STS-AG zu dem Schwerpunktfeld „Biologische Vielfalt und Gewässerschutz“ sollte viel stärker an die bisherige Strategie und die Biodiversitätsstrategie des Landes anknüpfen und weist nicht über das derzeitige politische Handeln hinaus. Der Zustand der biologischen Vielfalt ist alarmierend. Die Indikatoren für die meisten Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) mit Relevanz für die Agrarlandschaften weisen eine negative Trendentwicklung auf: Ohne eine naturverträgliche Landwirtschaft werden die NBS-Ziele nicht zu erreichen sein. Dabei gilt es zu bedenken, dass die Landwirtschaft einerseits vor der Herausforderung steht, im Jahr 2030 Lebensmittel für 8,5 Mrd. Menschen bereitzustellen und die verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche andererseits durch Flächenversiegelung und Klimaveränderungen kontinuierlich abnimmt.

### Leitbilder für ein nachhaltiges Thüringen

Thüringen trägt eine besondere Verantwortung für den Schutz der Biologischen Vielfalt. Thüringen will seinen Beitrag leisten, um den Trend des anhaltenden Rückgangs der Artenvielfalt umzukehren.

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive verursacht eine nicht standortgerechte bzw. nicht naturverträgliche Landbewirtschaftung beträchtliche Kosten, währendem die Bereitstellung von ökologischen Leistungen durch die Landwirtschaft, die über die originären Versorgungsleistungen hinausgehen, erheblichen zusätzlichen gesellschaftlichen Nutzen bringen. Die Steigerung der land- und forstwirtschaftlichen Produktivität, bei gleichzeitiger Schonung der Ressourcen, kann durch eine bedarfsorientierte und effiziente Bewirtschaftung erreicht werden, was u.a. die Nachhaltigkeit der Ernährungs- und Nahrungssicherung unterstützt. Dies gilt sowohl für den Einsatz als auch den Erhalt der natürlichen Ressourcen, wie Boden und Wasser, für Ökosystemleistungen und Biodiversität.

Durch die digitale Informationsvernetzung innerhalb der Wertschöpfungskette und neue Dokumentationsmethoden wird die Produktion von Nahrungsmitteln und biobasierten Rohstoffen regional wie global transparenter. Gleichzeitig wird die Quantität und Qualität der Produkte durch gezielte „Produktion nach Bedarf“ an die Nachfrage angepasst.

Darüber hinaus kann die Transparenz des Produktionsprozesses durch Bereitstellung der Informationen bei den Verbrauchern und Nutzern eine höhere Wertschätzung der Produkte und somit eine Stärkung des Qualitätsbewusstseins bewirken.

Thüringen bekennt sich zu einer naturschutzgerechten Land- und Forstwirtschaft, zur zielgerichteten Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsprojekten und zur Durchführung von Artenschutzprogrammen um die biologische Vielfalt verbessern.

Die Umsetzung dieser Ansätze muss von einer Veränderung unserer bisherigen Lebensstile und Konsummuster und einem gesellschaftlichen Dialog begleitet werden, wenn sie ihre nachhaltige Wirkung umfassend entfalten sollen. In diesem Kontext kommt der BNE eine zentrale Rolle zu. All dies beinhaltet Konflikte, so dass es notwendig erscheint, die Akzeptanz von Nachhaltigkeit als Leitbild für wirtschaftliches Handeln zu erhöhen. Um eine breitere Akzeptanz zu schaffen, müssen BNE-Angebote daher sowohl auf dem formalen als auch auf dem informellen Bildungssektor fußen.

### Herausforderungen für Thüringen:

- Der Naturschutz genießt einen hohen Stellenwert in Thüringen und wird deshalb so mit finanziellen Mitteln ausgestattet um ein Niveau an Biodiversität aufrechtzuerhalten.
- Wissen, Können und Wollen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Konsumverhalten in Übereinstimmung bringen.
- Nährstoffüberschüsse, Artenrückgang, Klimawandel und Tierwohl als Gesamtkomplex begreifen und gemeinsam Lösungen finden.
- Innovationen für eine nachhaltige Landwirtschaft ermöglichen.
- Wirtschaftlichkeit und Tiergerechtigkeit sind in der Nutztierhaltung gleichermaßen wichtig. Zielkonflikte sollen durch neue Instrumente minimiert werden.
- Pflanzenbau mit Umwelt- und Naturschutz durch Sensibilisierung der Akteure, innovative Technik, leistungsfähige Sorten, präzise Düngemittel, wirksame und umweltverträgliche Pflanzenschutzmittel in Einklang bringen.
- Die Potenziale der Digitalisierung konstruktiv für nachhaltige Produktivitätssteigerung nutzen.

- Land-, Forstwirte, Naturschützer und Gesellschaft sollten in einen fairen und respektvollen Dialog treten. Dazu gehören Zuhören, realistische Selbsteinschätzung, sachliches Argumentieren und mutige Handlungsbereitschaft.
- Der Internationale Agrarhandel ist mit den Zielen der Entwicklungspolitik durch verbindliche Standards zu Nachhaltigkeit, Good Governance und Korruptionsbekämpfung in Einklang zu bringen, um Produktionsdefizite ausgleichen und Wohlstand für alle Partner schaffen zu können.
- Die Wertschöpfungskette Lebensmittel und den ländlichen Raum stärken. Ohne eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die in einen vitalen ländlichen Raum eingebunden ist und die eine lokal produzierte Rohstoffbasis sicherstellt, wandert die Ernährungswirtschaft aus Deutschland ab.
- Suffizienz und Ressourceneffizienz verstärken
- Stärkung der Sozial- und Tarifpartnerschaft
- Faire und nachhaltige Beschaffung
- Bedeutung Thüringens für die internationale Dimension der Biodiversität
- Investitionen in innovative, tiergerechte Haltungssysteme geboten
- Unterstützung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zur Etablierung einer Unternehmenspolitik, die darauf abzielt, betriebswirtschaftlichen Erfolg, Umweltauswirkungen sowie die Beziehungen der Unternehmen zu seinem gesellschaftlichen Umfeld insbesondere im ländlichen Raum in ein langfristig tragfähiges Gleichgewicht zu stellen.

### Beispielhafte und nicht vollständige Aufzählung von Handlungsfeldern in Thüringen

- Entwicklung von nachhaltigen Bewirtschaftungsverfahren
- Kurze Stoff- und Wirtschaftskreisläufe auch zur Minderung von Transportwegen
- Etablierung von guter und fairer Arbeit
- Räumliche Nähe der Akteure, regionale Ökonomie
- Wahrung der regionalen Tradition und Identität
- Reduzierung des Flächenverbrauchs
- Verbesserte Aus- und Weiterbildung - Kapazitäten zur Aus- und Weiterbildung in landwirtschaftlichen Berufen sind unbedingt zu erhalten
- technische und biologische Innovationen und ordnungsrechtliche Rahmensetzung für die Landwirtschaft

- Forschungskapazitäten des Freistaates z.B. die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft erhalten und ausbauen, damit die heimische Landwirtschaft und die Administration auf industrieunabhängige, wissenschaftliche Ergebnisse zurückgreifen können.
- BNE und Gesundheitsbildung für die Bevölkerung, insbesondere mit dem Fokus auf Konsumverhalten und die Essgewohnheiten der Verbraucher verstärken
- Naturverträgliche, standortangepasste und damit nachhaltige Bewirtschaftung einschließlich der Sicherung von ökologischen Leistungen bei drastischer Reduzierung des administrativen Aufwands und Vereinfachung der Kontrollregelungen durch Schaffung von Anreizen
- Verfügbarkeit modernster Datenübertragungsnetze im ländlichen Raum Thüringens erhöhen
- Das Netzwerk der Natura 2000-Stationen muss als zentrales Instrument zur Umsetzung von Natura 2000 durch Verankerung im Thüringer Naturschutzgesetz dauerhaft gesichert werden.
- Der Aufbau eines zusammenhängenden Netzes naturnaher Lebensräume ist umzusetzen. Die Lebensräume in Thüringen sind so zu vernetzen, dass ein ungehinderter Austausch der Arten möglich ist. Dazu muss eine landesweite Biotopverbundplanung auch eigener verbindlicher Teil der Landesplanung werden.

#### **Folgende Vorschläge werden nicht von allen Beiratsmitgliedern unterstützt**

- Einschränkung der Ökologischen Vorrangflächen (ÖVF) auf solche Typen, die einen eindeutigen Mehrwert für den Naturschutz erbringen. Unter dieser Prämisse sollte der ÖVF-Anteil von fünf auf sieben Prozent erhöht werden, um die Flächenwirksamkeit dieser Maßnahme zu erhöhen.
- Deutliche Ausweitung der Definition von „umweltsensiblen“ Dauergrünland, um einen besseren Schutz wertvoller Dauergrünlandbestände zu erreichen: Sie muss mindestens die gesamte Natura 2000-Gebietskulisse sowie die organischen Böden und alle gefährdeten und gesetzlich geschützten Grünlandbiotoptypen sowie Grünlandflächen mit hohem Naturwert umfassen. Erforderlich ist darüber hinaus ein bundesweites vollständiges Umbruchverbot von Dauergrünland.
- Erhöhung des Umschichtungssatzes von der ersten in die zweite Säule der GAP auf die EU-rechtlich möglichen 15 Prozent.

- Durch die Einrichtung eines Biosphärenreservates Südharz sind die weltweit einzigartigen Karstlebensräume der Gipskarstlandschaft zu erhalten.

Dieses Positionspapier wurde federführend durch Herrn Ron Hoffmann und Herrn Dr. Klaus Wagner erstellt. Diese stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

## VII. Empfehlungen zum Schwerpunktfeld „Reduzierung von Ungleichheit“

**Positionspapier** des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen zum Diskussionsentwurf der IMAG NE zum Schwerpunktfeld Ungleichheit, Stand 08.06.17 der Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie

Erfurt, den 23.08.2017

### Positionspapier zum Themenfeld Reduzierung von Ungleichheiten

Ungleichheit innerhalb und zwischen den Staaten reduzieren ist eines der zentralen internationalen Ziele der Agenda 2030. Auch in vielen anderen Zielen besteht ein direkter Bezug zur Ungleichheit, z.B. Armutsbekämpfung, Gleichberechtigung.

Ungleichheit umfasst nicht nur die materielle und finanzielle Situation der Menschen. Ungleichheit bedeutet auch geringere Chancen auf Schulbildung, ungleiche Krankheitsversorgung, mangelnde politische Teilhabe und Zukunft.

Ein gewisser Grad an Ungleichheit ist in jeder Gesellschaft natürlich. In einer Volkswirtschaft kann Ungleichheit auch Antrieb für Wachstum und Wettbewerb sein durch Anreize zu mehr Effizienz. Heute haben wir allerdings eine Entwicklung, die immer mehr extreme Ungleichheit produziert. In einer Studie der Weltbank wird deutlich darauf hingewiesen, dass die extreme Ungleichheit, die wir heute vorfinden, das Sozialgefüge zerstört und politische und soziale Konflikte befeuert. Auch in der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands wird darauf hingewiesen, dass „unser Wohlstand teilweise auf Armut und soziale Missstände in anderen Ländern“ begründet ist. Extreme Ungleichheit ist damit auch eine Bedrohung für die Demokratie.

Ungleichheit reduzieren hat eine globale Seite und eine nationale Seite. Globale Ungleichheiten anzugehen ist wesentlich schwieriger, als Ungleichheiten innerhalb eines Landes zu beseitigen. Trotzdem sollte auch Ziel einer nachhaltigen Politik Thüringens sein, sich international für die Reduzierung der Ungleichheit einzusetzen. Nachhaltige Politik international einzubringen, sich für faire Entwicklung einzusetzen soll ressortübergreifende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein.

Förderung des entwicklungspolitischen Programms von Nichtregierungsorganisationen, Unterstützung des Fair-Trade-Handels und Einbeziehung entwicklungspolitischer Akteure in Bildungsinhalte Thüringer Schulen würden eine solche Zielstellung unterstützen.



Die Verbindung zwischen den globalen Zielen und nationaler und regionaler Verantwortung wird zuallererst in der Flüchtlingspolitik deutlich. Bekämpfung weltweiter Ungleichheit und verantwortungsvoller und humaner Umgang mit Migrations- und Fluchtbewegungen zählen zu den zentralen Aufgaben deutscher Bundes- und Landespolitik. In einer weltweit vernetzten Welt ist es falsch, Fluchtursachen alleine in einer verfehlten Politik der Herkunftsländer zu suchen.

Die zunehmende Ungleichheit global ist neben Kriegsgebieten einer der wesentlichen Ursachen der Flüchtlingsbewegung. Abschottung der Industrieländer führt nicht zu einer Eindämmung der Flüchtlingsströme, sondern eher zu einer Verstärkung dessen, wenn die Menschen in Afrika und anderen Regionen keinen Zuwachs zur Verbesserung ihrer Lebenssituation bekommen.

Die deutsche und europäische Politik ist heute geprägt durch Mauern. Es sind vor allem Mauern in den Köpfen, Angst vor Diversität, sozialen Untergang, eine vermeintliche Unterlegenheit vor allem Fremden. Erkenntnisse aus der Geschichte vor der Wiedervereinigung Deutschlands sollten doch dazu geführt haben, dass jeder weiß, dass Mauern nur noch mehr Menschenströme in eine vermeintlich bessere materielle Welt geführt haben. Die große Zustimmung von in Deutschland lebenden Türken zu einem Präsidentschaftsreferendum in der Türkei ist auch ein Ergebnis einer nicht erfolgreichen Integrationspolitik für die notwendigen und willkommen geheißenen Arbeitskräfte in Westdeutschland im letzten Jahrhundert. Die demografische Entwicklung in Deutschland und in Thüringen stellt uns vor große Herausforderungen zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie wird ohne Integration von Zuwanderern aus anderen Ländern nicht lösbar sein. Nachhaltige Integrationspolitik ist deshalb nicht nur ein Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch ein Beitrag zur Reduzierung von Ungleichheiten. Nicht integrierte Zuwanderung schafft neue Ungleichheiten und verschärft die soziale Situation in Deutschland.

Der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft ist eine der wesentlichen Grundlagen zur Reduzierung von Ungleichheiten. Wir benötigen eine kinder – und familienfreundliche Gesellschaft, in der die Belange aller Menschen befriedigt werden. Erwerbstätigkeit ist dabei die wesentliche Voraussetzung, da sie Grundlage für den Lebensunterhalt ist und damit die wichtigste Voraussetzung gegen Armut und für gesellschaftliche Integration und Anerkennung ist. Nichtbeschäftigung führt zu weiterer Verstärkung der Ungleichheit und sozialen Abstieg. Vollbeschäftigung als Ziel einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist eine der wesentlichen Aufgaben, um Ungleichheit in der Erwerbstätigkeit zu beseitigen. Maßnahmen dazu können sein:

- Verbesserung der Arbeitsmarktsituation Älterer (längere Lebensarbeitszeit verringert das Armutsrisiko im Alter)
- Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Grundsatzes des lebenslangen Lernens
- Schaffung von attraktiven Arbeitsbedingungen in Thüringen für in- und ausländische Fachkräfte
- Integration von Migranten im ersten Arbeitsmarkt, Schaffung einer „Willkommenskultur“
- Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben

Die wichtigste Voraussetzung für junge Menschen, um gleiche Chancen in der Gesellschaft zu haben, ist ein qualifizierter Schulabschluss. Ob Haupt-, Regel-, Gymnasiums- oder Hochschulabschluss, für alle Abschlüsse gibt es Zukunftsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt und damit Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. In der Anforderung der Arbeitswelt hat ohne Schulabschluss kaum ein junger Mensch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt und führt damit zu einer weiteren Verschärfung der Ungleichheit in der Gesellschaft. Zurzeit haben etwa 9% aller Schulabgänger keinen qualifizierten Schulabschluss. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie des Freistaates Thüringen muss deshalb eine deutliche Reduzierung der Zahl der Schulabgänger ohne Bildungsabschluss sein, um eine der Grundlagen für Ungleichheit schon den Boden zu entziehen. Maßnahmen dazu könnten sein:

- differenziertes und durchlässiges Schulwesen
- weitere Förderung von Ganztagsangeboten
- Vielfalt und Flexibilität der schulischen Angebote
- bedarfsorientierte schulische Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
- Erhalt eines wohnortnahen Bildungsangebotes in strukturschwachen ländlichen Räumen

Nach dem Grundgesetz und der Verfassung des Freistaates sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Nach wie vor bestehen aber oft erhebliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie muss es sein, Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern herzustellen. Das ist verfassungsrechtliche Vorgabe und zugleich ein wichtiger Schritt zur Reduzierung der Ungleichheit und Stärkung der sozialen Stabilität. Maßnahmen dazu könnten sein:

- Schließung der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern

- Förderung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit
- Schaffung einer familienfreundlichen und chancengerechten Unternehmenskultur
- Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen und des Männeranteils in sozialen Berufen

Menschen mit Behinderung haben ein Anspruch darauf, sich aktiv in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. Schaffung der Voraussetzung dafür ist eine wesentliche Grundlage zur Reduzierung der Ungleichheit in diesem Bereich. Maßnahmen dazu sollten sein:

- Barrierefreiheit der öffentlichen Infrastruktur
- Verbesserung der Bildungschancen von Menschen mit Behinderung
- Unterstützung und Förderung für eine Teilhabe am Arbeitsmarkt

Gesellschaftliches Leben findet vor allem in den Kommunen statt. Der verfassungsmäßige Grundsatz der Gleichheit der Lebensbedingungen darf nicht zu einer Verstärkung der Ungleichheit zwischen Stadt und ländlichen Räumen führen. Thüringen ist ein überwiegend ländlich geprägtes Land. Deshalb kommt der Förderung des ländlichen Raumes eine besondere Bedeutung zu, um die Entwicklung von Ungleichheiten zu reduzieren.

Den Kommunen kommt eine wesentliche Rolle in der Zielstellung der Reduzierung der Ungleichheit zu. Wertschätzung aller Menschen jegliches Alters, Geschlecht und Kultur finden hauptsächlich im Umgang der Menschen vor Ort statt. Ausgrenzung führt zu mehr Ungleichheit und sozialen Spannungen. Die Erreichung des Zieles zur Reduzierung der Ungleichheit erfordert auf kommunaler Ebene die Einbeziehung aller Akteure. Das könnten z.B. sein:

- Einbeziehung der Sportvereine
- barrierefreie Infrastruktur
- Teilnahme der Jugend an kommunalen Entscheidungen für eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung
- Förderung nachhaltigen Konsums über regionale Wirtschaftskreisläufe und Fair-Trade-Handel
- Entwicklung einer „Willkommenskultur“ zur Integration von Zuwanderern für ein Leben ohne Mauern

## Kommentar zum Diskussionsentwurf Schwerpunktfeld SDG 10: „Weniger Ungleichheiten“

Das Positionspapier vorausgestellt, nimmt der Beirat zum Diskussionsentwurf der IMAG wie folgt konkret Stellung:

### *„Definition/allgemeine Relevanz“ und „Herausforderungen für Thüringen“*

Im Diskussionsentwurf ist die Problematik des Schwerpunktfeldes und deren umfassende Relevanz unzureichend beschrieben. Es sollte mit den Punkten des Arbeitspapiers des Nachhaltigkeitsbeirates ergänzt werden. Verringerung von Ungleichheiten darf sich in der Begründung dieses Schwerpunktfeldes nicht nur auf die sozialen Themen reduzieren.

### *„Bezug zu den Globalen Nachhaltigkeitszielen: Darstellung entlang der Herausforderungen für Thüringen: soziale und wirtschaftliche Teilhabe“*

#### **Zu Punkt 10.1:**

Diese Zielstellung ist vollkommen unrealistisch und muss, wenn es ein nachprüfbarer Indikator werden soll, umformuliert werden. Das Einkommenswachstum der Menschen, die ihr Einkommen über Beschäftigungsverhältnisse jeglicher Art oder staatlicher Renten- und Sozialleistungen beziehen, wird hauptsächlich durch die Lohnentwicklung aufgrund der Tarifabschlüsse bestimmt. Nahezu alle Tarifabschlüsse enden mit prozentualen Steigerungsraten. Staatliche Leistungen und die Rentenentwicklung werden weitestgehend auf der Grundlage der Lohnentwicklung festgelegt. Aktuell reduzieren Tarifiergebnisse nicht die Ungleichheiten zwischen niedrigen und hohen Einkommen, sondern verstärken sogar die Ungleichheitsentwicklung.

#### **Zu Punkt 10.2:**

Es wird immer einen kleinen Anteil schwerst- und mehrfachbehinderten Menschen geben, die der umfassenden Betreuung durch soziale Einrichtungen bedürfen und die sich nicht zur Selbstbestimmung befähigen lassen. Deshalb ist die Formulierung, dass alle Menschen diese Zielstellung erreichen, unrealistisch.

#### **Zu Punkt 5.4:**

Für die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie ein unrealistisches Ziel. Die finanziellen Folgen sind alleine durch den Freistaat nicht zu tragen und würden die verfassungsgemä-

ßen Vorgaben zum Landeshaushalt, z.B. Verschuldungsverbot, überschreiten. Als Zielstellung zur Verankerung in der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes kann man es beibehalten, aber dann sollte es auch so formuliert werden.

#### **Zu Punkt 1.2:**

Diese Zielstellung ist z.B. für die Menschen im Rentenalter vollkommen unrealistisch. Zurzeit ist der Anteil der Menschen, die durch Sonderregelungen (z.B. Auffüllungsbeitrag) in der Rentenversorgung aus der Überleitung der Rentenversorgung nach der deutschen Einheit noch hoch. Demgegenüber wird der Anteil der Menschen, die durch die Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft unterbrochene Erwerbsbiografien haben, in den nächsten Jahren weiterhin sehr hoch sein. Die Ungleichheit in der Lohnstruktur von Ost- und Westdeutschland lässt bereits jetzt erkennen, dass der Anteil von Altersarmut in Ostdeutschland in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Dieser Prozess lässt sich ganz klar statistisch belegen. Deshalb ist eine solche Zielstellung für **„Männer, Frauen und Kinder jeglichen Alters“** unrealistisch.

#### **Weitere Punkte:**

Die Handlungsfelder sollten um die Punkt aus dem Arbeitspapier, die den kommunalen Bereich und die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Akteure auf der kommunalen Ebene erweitert werden.

Dieses Positionspapier wurde federführend durch die Beiratsmitglieder Frau Prof. Dr. Gabriele Beibst und Herrn Andreas Trautvetter erstellt. Diese stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Als Sprecher des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen stehe ich Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.



Ron Hoffmann

Sprecher des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen

Erfurt, November 2017